

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Mittstadt
Geschäftsstelle und Expedition: Büttnerstraße 2
Kontingenz-Nummer 17259 • Postfachnummer: 2mt
Dresden-Nummer 18568, Emil Schlegel

Organ der KPD.

Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostschlesien)

Schriftleitung: Dresden-A., Büttnerstraße 2
Berufsprüfer: Ernst Dresden (Nummer 17259 • Postfachnummer)
„Arbeiterstimme“ Dresden • Erscheinungstermin der Schriftleitung:
Wochentage nachmittags von 2-5 Uhr (außer Sonnabende);
Wochentage nachmittags von 2-5 Uhr (außer Sonnabende);
Wochentage nachmittags von 2-5 Uhr (außer Sonnabende);

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschaftler • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

Dresden
Donnerstag, 28. Januar 1926

Anzeigenpreis:
Die normale gefüllte Tageszeitspalte über einem Raum 6,30 RM.
für 1000 Eindrücke (12000), für die Restspalten entsprechend
an den entsprechenden Zeitverhältnissen 1,25 RM. • Einzelan-
zeigenpreise nach Vereinbarung in der Expedition

Nr. 23

Keine Landtagsauflösung in Sachsen

SPD-Parteivorstand und die 23 in der Front des Bürgertums. — Die Sozialdemokraten als Mittel des Lutherkabinetts

Mobilisiert die Betriebe gegen die Renegaten

Der R. R. gegenüber den immer frecheren Vorstößen der Reaktion, dem schamlosen und brutalen Abwälzen aller Lasten der Bankrottspolitik des Bürgertums auf die Schultern der Arbeiterklasse hat das Proletariat endlich nach langer Zeit begonnen, eine einheitliche Kampffront herzustellen. Nachdem alle Hoffnungen auf das Locarno-Abkommen und den Dawesplan sich als unerfüllt und unerschütterliche Illusionen erwiesen haben, rufen die Arbeiter in Kampfbereitschaft gegen die Bourgeoisie. In unzähligen Betrieben und Gewerkschaften erheben sich die Arbeiter gegen die Herrschaft und die Absicht, den raubgierigen Finanzkapitalisten 34 Milliarden Mark nachzugeben. Der Kampf gegen die Raubfürsten führt die Arbeiterklasse zum ersten Mal wieder zu einem geschlossenen Block zusammen. Hier steht sich eine proletarische Einheitsfront, die über die Köpfe der Arbeiter hinaus die werktätigen Schichten bis hin zu den Lager der Kleinbürger und Kleinbauern in die Front bringt. Ein wenig Entschlossenheit und Heldentum vermögen es, diese Front zu härten, der Reaktion einen Stieb zu verfechten, von der sie sich schwerlich erholen wird. Jeder ehrliche Arbeitervertreter wird eine solche Organisation der Arbeiterkräfte mit Jubel begrüßen und alle Kräfte anspannen, diesen Prozeß zu fördern und weiterzuführen.

In Sachsen könnte dieser Linksmarsch der 23 der SPD ein entscheidendes Vorgehen gegen die Koalitionspartei und die Volksparteier und Deutschnationalen einen entscheidenden Stoß erteilen, wenn durch die Auflösung des Landesparlamentes die praktische Möglichkeit zum Aufbruch gegen die Politik der Industriellen und Monarchisten gegeben würde.

In ständig neuen Entschlüsseungen haben die sozialdemokratischen Arbeiter diese Forderung erhoben. Die 23 rechten Sozialdemokraten aber haben diese Forderung sabotiert und sind entschlossen, weiter zu sabotieren. Die SPD-Führung hat die Politik der sächsischen Kapitalisten unterstützenden Sozialdemokraten nahmen Stellung gegen den linken Block, der sich bilden und vergrößern werden. Die Arbeiter der Massen der sozialdemokratischen Arbeiter. Der Parteivorstand soll nicht neue Täuschungsmanöver und dem die Politik der 23. Die Linken aber schlagen einen Alarm, rufen nicht die Arbeiter zum härteren Kampf gegen die Unternehmernrechte, sondern schweigen. Es ist offenes Geheimnis, daß in den letzten Tagen die Vertreter des Parteivorstandes in Dresden waren, um über die Landtagsauflösung zu verhandeln. Das gesamte sächsische Proletariat erwartete das entscheidende Wort. Die SPD-Presse aber schweigt über den Ausgang der Verhandlungen. Beshalb machen die Sozialdemokraten ihren Mitgliedern keine Mitteilung über den Ausgang der Verhandlung? Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen getäuscht, der Landespartei verraten werden. Es steht fest, daß die Rechte die Auflösung des Landtages auch jetzt abgelehnt haben, daß der Parteivorstand sich diesem Beschluß der Mehrheit angeschlossen hat. Die Unentschlossenheit der Linken führt hat sich wieder einmal bitter gezeigt. Sie liegen in einem Garn gefangen. Die Rechten haben die Herrschaft der eminenten politischen Angelegenheit der Landtagsauflösung genutzt, um die Linken festzusetzen. Aus einer politischen Frage wurde eine Frage der juristischen Auslegung eines Parteitagbeschlusses. Die Rechten haben erklärt, daß der vom Heideberger Parteitag gefasste Beschluß, daß zur Auflösung ein politischer Grund gegeben sein müsse, nicht erfüllt sei. Die Linken wollten einen solchen Grund durch einige Anträge schaffen. Die Rechten erklärten, daß man einen Grund zur Auflösung nicht künstlich schaffen dürfe. Die Vertreter des Parteivorstandes haben sich dem angeschlossen und sind fortgegangen. Der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter gilt den Rechten einen Dreck.

Bezeichnend ist, daß man diese Stellungnahme der Rechten und des Parteivorstandes erst aus der Bürgerlichen Presse erfahren mußte. Die Linken hatten nicht den Mut, in ihrer Presse gegen diesen Beschluß zu protestieren. Sie zeigen sich wieder in ihrer ganzen Schwäche und Schamlosigkeit. Obgleich die Linken fast die gesamte Partei in Sachsen hinter sich haben, obgleich die Rechten nur eine bedeutungslose Minderheit sind, haben die Linken nicht die Absicht, einen ernstlichen Kampf aufzunehmen. Die Linken Führer behandeln nach wie vor die Angelegenheit als eine Angelegenheit der Disziplin. Sie wollen nichts gegen den Beschluß unternehmen, um nicht als Disziplinbrecher zu gelten. Der Landespartei der Sozialdemokraten wird nach diesem Entscheid des Parteivorstandes eine Komödie.

Die SPD. unterstützt die Ausbeuterregierung

Berlin, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die parlamentarische Situation ist jetzt durch folgende Tatsachen gekennzeichnet. Es liegen Mißtrauensanträge der Deutschnationalen, Kommunisten und Deutschnationalen vor, außerdem haben nunmehr auch die Regierungsparteien nach einer Erklärung des Reichskanzlers, daß er auf eine politische Vertrauensfrage nicht verzichten könne, folgendes Vertrauensvotum eingebracht:

„Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstages.“

Der Reichskanzler hat inzwischen mit der Wirtschaftspartei verhandelt, um die Stimmen auch dieser reaktionären Gruppe reiflos für sich zu gewinnen. Die Sozialdemokraten haben die endgültige Entscheidung über ihre Haltung noch immer nicht gefaßt; diese Entscheidung soll erst heute getroffen werden. Es ist klar, daß bei der Abstimmung über ein Vertrauensvotum der Regierung die SPD. Farbe bekennen muß. Die Stimmhaltung bei einem so klaren Vertrauensvotum bedeutet unzweideutige Stellungnahme für die Regierung.

Die Deutschnationalen, die sehr mutig und entschlossen tun, haben für die Abstimmung offenbar besondere Vorkehrungen getroffen. Es steht zu erwarten, daß ein Teil der deutschnationalen Abgeordneten durch Abwesenheit ausfallen wird, damit die Regierung Luther auf diese Weise auf alle Fälle gesichert wird. Der „Vorwärts“ schreibt heute früh dazu folgendes: „Was die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betrifft, so wird sie voraussichtlich kein Mißtrauensvotum einbringen und auch für keines stimmen. Sie war aufgefordert, mit den Parteien der Mitte eine Regierungsgemeinschaft zu bilden. Sie hat das mit guten Gründen abgelehnt, aber sie war nicht abgeneigt, eine Weile zuzusehen, was die Parteien der Mitte aus eigenem zu vollbringen vermögen. Ob dazu noch eine Möglichkeit vorhanden ist, nachdem sich die Mittelparteien mit ihrem Vertrauensantrag vornehmlich selbsteigeln haben und nachdem Herr Luther mit seinem innerpolitischen Programm weiter hinter bestehenden Erwartungen zurückgeblieben ist, wird die Reichstagsfraktion heute zu prüfen haben.“

Herrmann Müller bietet Hilfe an

Als im November vorigen Jahres die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen den ausgesprochenen Willen der breiten Mitgliedschaft dem alten Lutherkabinetts das Weiterleben ermöglichte, geschah es unter dem Vorwand, daß die Kumpulierung sich ja in demissionarische und das Vertrauensvotum nur noch für die Reife nach London bedürfte.

Heute ist ein neues Lutherkabinetts wie der Vogel Phönix aus der Asche entstanden. Wenn es auch einige „demokratische“ Mitglieder umfaßt, so hat die Regierungserklärung und noch viel deutlicher die im Lause des Diktators am Mittwoch im Reichstag abgegebene Antwort Luthers auf die Kritik unzweideutig bewiesen, daß der Geist des alten Lutherkabinetts unerbittlich weiterlebt.

Luther scheint seiner Sache sicher. Er hat in proklamierender Weise ausdrücklich gefordert, daß eine Mehrheit des Reichstages das von den Winderheits-Regierungsparteien ein-

gebrachte Vertrauensvotum annimmt. Er hat wohl den Mut dazu bekommen, als er die Rede Hermann Müllers hörte, der eine Sanftmut an Kritik und ein Hochmaß an Erwartungen für die guten Absichten der neuen Regierung ausdrückte, das nach den letzten Vorfällen mit Geßler und Brauns alles Bisherige übertraffen hat. Wenn es nach Hermann Müller gegangen wäre, so hätte Luther nur ein paar wohlklingende Phrasen gebrauchen müssen, um den Vorwürfen der sozialdemokratischen Partei zu antworten. Nicht einmal das hat er aber getan. Er hat es abgelehnt, was ihm vorgelegene Schatzmacherprogramm zu — verschieben. Er hat jede Aussicht über die Abwehrmaßnahmen gegen die allgemeine Not verweigert. Seine reaktionären Pläne liegen, bestätigt durch die bisherigen Erfahrungen, unverwundbar fest.

Es gibt keine Aussicht für die Sozialdemokratie. Von kommunistischer Seite wurde es ausgesprochen, die Stimmung der Massen zeigt es Tag für Tag, daß die weitere Verfestigung der deutschen Arbeiterklasse durch irgendeine Faltung Luthers verhindert werden muß. Wenn durch sozialdemokratische Schuld Luther die Abstimmung überhauert, so werden die empörten Massen heute schon unaufhaltsam in Bewegung abbrechen!

Deutschnationale Diktaturgefühle

Die Debatte über die Regierungserklärung eröffnet im Mittwoch Hechenbach (Zentr.) mit der Wiedergabe des Standpunktes der Koalitionsparteien.

Zu überaus reichhaltiger und lauter Beile nimmt für die Sozialdemokratie Müller-Frankens Stellung. Seine Rede ist ein einziges Bitten an Luther, es durch das Verprechen künftiger Besserung der SPD. doch möglich zu machen, seine Regierung am Leben zu erhalten. Fast heftigst verlangt er von Luther, seine „unzulänglichen“ programmatischen Forderungen deutlicher zu gestalten. Die Sozialdemokratie sei bereit, in der Außenpolitik die Regierung Luther zu unterstützen in der Annahme, daß sie der Politik von London und Locarno treu bleiben werde. Die Entscheidung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse sofort erfolgen. — Zu den Fragen der Innenpolitik übergehend, kritisiert Müller-Frankens laut die Lutherische Ankündigung, daß dem Volk „die Ursache des Volkenscheidens“ erspart werden müsse, meint, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik Wohlwollen und Mitleid wertlos sind und daß keine Sicherheit dafür besteht, daß die Preisrentenaktion etwas nützen wird. Er stellt fest, daß in der Regierungserklärung nichts Positives über die Einführung des Achtstundentages gesagt wurde und entwickelt Bedenken über die Wege, die das Wirtschaftsministerium unter der sozialdemokratischen Führung gehen wird. Die neue Regierung könne jedoch nur bestehen, wenn sie Farbe bekenne und mit der Sprache herausrücke.

Das deutschnationale Mißtrauensvotum wird von Graf Helldorf begründet, der sich bei der Kritik des Dawesplanes viel Mühe macht, die damalige deutschnationale Zustimmung zu rechtfertigen. Helldorf erklärt, man dürfe es der Mitte auf die Dauer nicht gelassen, mit wechselläufigen Wechselläufen zu regieren. Ihre Schwäche habe sich in der Stellungnahme zur geplanten Fürstentümern gezeigt. Man werde sehen, ob die neue Regierung den Gefahren, welche durch das Zusammengehen der Sozialdemokraten und Kommunisten entstehen, mit der nötigen Entschlossenheit entgegenzutreten wird. Im übrigen müße der Willensherzhaft des Reichstages ein Ende gemacht werden und ein Regierungssystem geschaffen werden, das nicht vom Klassenwahrheit abhängig ist.

Parteitagen bedeutungslos bleiben, wenn nicht die Kräfte der Arbeiter mobilisiert werden. Nach der Haltung des Parteivorstandes der SPD. liegt die Entscheidung nicht mehr beim Landespartei und der Organisation der SPD., sondern in verklärtem Maße in den Betrieben. Wir haben eine solche Entwicklung vorausgesehen, wir haben die Arbeiter in den Betrieben aufgefordert, mit uns gemeinsam zu kämpfen. Die Führer der SPD., und zwar die Linken, haben diesen Kampf nicht nur nicht mitgemacht, sondern sabotiert, indem sie die Landtagsauflösung zu einer Familienangelegenheit der SPD. machten.

Wir fordern jetzt die Arbeiter der SPD. auf, mit uns gemeinsam die Betriebe für die Auflösung zu mobilisieren. Der Landespartei der SPD. hat jetzt zu beschließen. Führt er nur den Beschluß eines negativen Praktisches, dann ist der Parteitag bedeutungslos. Nur wenn der Landespartei den Beschluß faßt, das Kampffeld in die Betriebe zu verlegen, vermögen die sozialdemokratischen Arbeiter sich bei den Renegaten und dem Bürgertum Achtung zu verschaffen. Nur so wird der Parteitag einen Wert für die Arbeiter haben.

Der Raubzug gegen die Metallarbeiter

Was die sächsischen Metallindustriellen fordern: Zehnstündige Arbeitszeit, unbegrenzten Abbau der Lohnsätze, Beilegung der Serien, Erhöhung der 1. Altersklasse von 23 auf 25 Jahre, Landestarif unter Einbeziehung des Leipziger Bezirkes, Verschlechterungen des Tarifes auf der ganzen Linie!

Als die sächsischen Metallindustriellen am 2. Dezember a. J. die Raubzüge des Kantalarbes einreichten, haben wir in einem Aufsatze vom 16. Dezember die Frage aufgeworfen, welche Absicht diese verächtliche Geste hat, warum man schon vier Monate nach Ablauf des Tarifes tündigt.

Unter damals ausgesprochenen Befürchtungen sind damals bereits geredet und noch übertrieben worden.

Die sächsischen Metallindustriellen haben vor einigen Tagen den Deutschen Metallarbeiterverband einen neuen Kantalarbesentwurf zugestellt, der die Grundlage für die kommenden Verhandlungen bilden soll.

Wir veröffentlichen nachstehend die wichtigsten Paragraphen des Unternehmerentwurfes, um den sächsischen Metallarbeitern zu zeigen, was ihnen bevorsteht, wenn die Unternehmer diesen Kantalarbesentwurf verwirklichen können. Wir empfehlen den Metallarbeitern, die folgenden Ausführungen genau zu studieren, damit sie die ungeheure Gefahr erkennen und rechtzeitig die Abwehr des Kampfes organisieren.

Der Entwurf der Unternehmer

Der § 1 des bisherigen Entwurfes bleibt in seiner Fassung bestehen, unter Ausschluss des Art. 4.

Darüber haben die Unternehmer zum Ausdruck gebracht, daß sie am Landestarif festhalten.

Die Forderung aller Metallarbeiter muß dagegen sein:

Gehet mit dem Landestarif! Abschluß von Bezirkstarifen!

§ 2, die Arbeitszeit betreffend: Abs. 1 bleibt. Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Abwärtend von obiger Regelung kann die Arbeitszeit, wenn die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Betriebes es erfordern, für einzelne Arbeitergruppen, Arbeitsgruppen, Abteilungen oder den ganzen Betrieb von der Betriebsleitung bis zu 10 Stunden pro Tag, höchstens aber bis 64 Stunden in der Woche verlängert werden.“

§ 3 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„Für Arbeiter, deren Dienst regelmäßig und in erheblichem Umfange in Arbeitsbereitschaft besteht, wie Förstern, Wäldern, Fahren, Säger, Kutscher, Kraftwagenführer usw., kann die wirtschaftliche Arbeitszeit, abgesehen von Sonntagen und Feiertagen, auf Ausweitung der Betriebsleitung auf 60 Stunden erhöht werden, ohne daß hierfür ein Zuschlag in Frage kommt.“

Viele Vorurteile der Unternehmer gegen die Arbeitszeit rufen sich die Kraft aufs Neue. Auf der einen Seite ein Millionenheer von Erwerbslosen, Betriebsverhältnissen und Stilllegungen, auf der anderen Seite:

maßige Verlängerung der Arbeitszeit

mit dem Zweck, den Stand der Erwerbslosigkeit zu mildern und eine Armee von Lohnabhängigen und Streikbrechern zu schaffen.

Die Metallarbeiter müssen diese schändlichen Vorfälle mit dem Kampfe gegen den Raubzug des Kantalarbes und die zehnstündige Arbeitszeit sofort zu organisieren.

Aus dem § 3 Abs. 3 hat man die Worte „eigenständig oder durchgehender Betrieb“ gestrichelt und damit der Unternehmensleiter und dem Betriebsleiter das Recht gegeben, ob sie

Es steht somit ganz im Belieben dieser Gesellschaft, ob sie Arbeitsverhältnisse beschaffen will oder nicht.

Doch man mit der Verlängerung der reinen tatsächlichen Arbeitszeit auf 10 Stunden sich nicht zufriedengeben, sondern die Heberhändelunterstützung in einem Dauerzustand machen will, beweisen die Veränderungen in den Paragraphen 4, 5 und 6.

Aus dem § 4 hat man geschrieben:

„Heberhänden sollen nach Möglichkeit vermieden werden.“

Aus dem § 5 haben die Unternehmer folgendes erhalten:

„In die Einstellung geeigneter Arbeitskräfte nicht möglich, so kann die Betriebsleitung in dringenden Fällen...“

Weiter ist nun ihnen geschrieben worden:

„Recht soll benutzbar, die unvermeidbarerweise Heberhänden nicht lösen können, kein Rechtteil entgegen.“

Die Heberhändelaufträge sind herabgesetzt worden für die erste Stunde von 15 auf 10 Prozent. Für alle weiteren Stunden sowie für die Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 30 auf 15 Prozent. Für die Arbeit an Werktagen, Über- und Vorkantierungen sowie am Sabbatstag von 60 auf 50 Prozent.

Wir fragen auch, Metallarbeiter, wollt ihr euch das gefallen lassen? Ist es nicht Selbstmord, wenn ihr diese Heberhändelunterstützung nicht befechtigt?

Wollt ihr, daß bis 14 Stunden in der kapitalistischen Produktionsweise, während Hunderte und Tausende eurer Arbeitsgenossen an den Fabriktüren nach Arbeit fragen? Ihr könnt megen oder übermorgen mit bei den Arbeitslosen sein!

Doch nicht genug damit!

Der Raubzug der Unternehmer auf die Rechte der Metallarbeiter macht nicht Halt vor den gesetzlichen Bestimmungen und den Paragraphen des Betriebsratsgesetzes.

Der jetzt geltende Tarif enthält folgende Paragraphen:

§ 10. Alle offenen Arbeitsstellen sollen, soweit wie möglich, durch die Vermittlung der zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweise besetzt werden.

§ 11. Der Betriebsverwaltung wird Gelegenheit gegeben, sich über die Verhältnisse neuangelegter Arbeiter in geeigneter Weise zu unterrichten.

Die Einstellung von Arbeitskräften soll nicht von ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit und Betätigung abhängig gemacht werden.

Folgende Paragraphen sind im Unternehmerentwurf weggelassen. Der alte Absatz in § 11 ist eine Selbstverständlichkeit und in dem mit Arbeitskraft erlassenen Betriebsratsgesetz verwirklicht. Der Vorzug der Industriellen gegen dieses und gegen die öffentlichen Arbeitsnachweise zeigt den Arbeitern mit aller Deutlichkeit, daß damit auch gleichzeitig gegen die gewerkschaftliche Organisation ein vernichtendes Schlag ausgeht wird. Man will im letzten Augenblicke noch die Arbeiter in die Hände der Unternehmer werfen und nicht nur auf die Kommunisten angewandten, sich ausbreiten und nicht nur auf die Kommunisten angewandten, sondern auch auf Sozialdemokraten und parteilose Gewerkschaftler ausbreiten. Ihr Ziel ist die Erstickung jeder Bewegung der Metallarbeiter zur Beseitigung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dieser Raub an den minimalen Rechten der Ar-

beitergesellschaft wird ihnen nicht gestatten, wenn ihr Metallarbeiter es durch geschlossenen Kampf verhindern!

Todt es kommt noch besser!

Die unter den Rubriken „Lohnabwertung“ und „Arbeitszeit“ stehenden Paragraphen sind gleichfalls inhaltlich geändert worden, daß in Zukunft allen Unternehmenswünschen in weitestgehendem Maße Rechnung getragen ist.

So hat man die Altersklasse von 23 auf 25 Jahre heraufgehoben. Das bedeutet praktisch einen

Lohnabbau von 9 Prozent für alle Kollegen in dem Alter von 23 bis 25 Jahren!

Von dem bisher geltenden § 21 sind die Absätze 1, 2 und 4 gestrichelt worden. Das bedeutet für die unter besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen tätigen Kollegen die Einbuße aller Sonderzulagen!

Den § 23 Abs. 2 hat man so erweitert, daß jederzeit die Arbeitszeit beliebig reduziert werden können!

Wer sich das nicht gefallen lassen will, der kann sich in die Furchen des Drahtes anziehen. Es warten 100 andere auf Arbeit. So will es der Kadaverville der Unternehmer!

Den § 24, der den neuangelegten Kollegen den Tariflohn garantiert, hat man der Vollständigkeit des Raubzuges wegen ganz weggelassen.

Der bisher geltende Kantalarbes erstreckt sich auf ganz Sachsen mit Ausnahme der Kreishauptmannschaft Leipzig. Der vorliegende Entwurf besteht Leipzig in keinen Geltungsbereich ein. Die Arbeiter der Kreisstadt Leipzig sind die einzigen, die dem Leipziger Kantalarbes unterworfen sind. Sie haben die Hoffnung, daß ihnen die Leipziger Metallarbeiter gestützt werden, noch nicht vergessen. Die Industriellen glauben die Kampfsmöglichkeit dadurch verringern zu können. Sie werden sich täuschen!

Da die Unternehmer nun einmal den Raubzug groß angelegt haben und ihn höher unter Dach und Fach zu bringen glauben, so könnten sie nicht umhin, auch noch

die Fertigen reiflos zu befechtigen!

Sie haben sich die Sache sehr leicht gemacht, indem sie einfach die §§ 33-44, die die Fertigen betreffen, weglassen. Die reiflose Beilegung der Fertigen wird aber auch, wie sehr sich die Unternehmer daran freuen, mit diesem Raubzug aus dem Entwurf der Industriellen ist die Fertigen der Verschlechterungen der Fertigen nicht erspart. Die Metallarbeiter werden ihre ganze Aufmerksamkeit den kommenden Tarifverhandlungen widmen müssen und vor allem dürfen kein Mittel unterlassen, um diesen schändlichen Vorhaben zu verhindern. Der Unternehmerentwurf ist aber nicht nur eine maßlose Provokation der gesamten sächsischen Metallarbeiter; er ist der direkte Angriff, um die an und für sich schon kümmerliche Existenz der Metallarbeiter möglichst zu verunsichern. Die Unternehmer wollen Vorkantierungen machen ganz Arbeit. Jetzt verlieren sie die auf den Hund gekommenen kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der breiten Masse in „rationalisieren“. Mit amerikanischen Arbeitsmethoden und deutschen Hungerlöhnen. Unbegrenzte Raubzug an der menschlichen Arbeitskraft soll die Konkurrenzfähigkeit der durch die Profitgier der kapitalistischen verbotenen Betriebe wieder herstellen. Gehört auf los loslassen aber höhere Fertigkeiten einer ganzen Armee von überflüssig gemachten Proleten steht man die in den Betrieben ruhenden Metallproleten bis auf den Grund aus.

Generalversammlung der Dresdner Metallarbeiter

Am Dienstag, den 26. Januar, nahmen die Vertrauensmänner des DRK, Jahrestelle Dresden den Jahresbericht entgegen. Kollege Höber wies in seinem Bericht auf den Stand der Organisation hin und betonte, daß im letzten Jahre wieder 500 neue Mitglieder der Organisation zugeführt worden sind. Die Betriebsleitung darf damit jedoch nicht zufriedenge sein. Jede dieser Tausende den Reihen der hochbezahlten Metallarbeiter fern. Nur dann, wenn die gesamte Metallarbeitergesellschaft in überwindlicher Mehrheit ist, ihre Reihen geschlossen haben wird, kann den Unternehmern ein erfolgreicher Widerstand entgegengeführt werden.

Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurden die Wahlen zur Ortsverwaltung erledigt. In den Vorberhandlungen, die zwischen der SPD-Fraktion und den oppositionellen Metallarbeitern stattgefunden hatten, war verhandelt worden, eine Verhöhnung über eine einseitige Forderung herbeizuführen. Während die Opposition, die für das Verhältniswahlsystem eintrat, im Interesse einer einheitlichen Aktion bereit war, ihre im Dispositum zugetragene Rechte zu fordern, verwarf die SPD-Fraktion die Opposition einen Kandidaten abzulehnen. Nach in letzter Minute einigte man sich jedoch darauf, die Ortsverwaltung in ihrer bisherigen Zusammensetzung nach dem bestehenden Verhältnis zu belassen, so daß sich die Ortsverwaltung weiterhin aus 3 SPD- und 4 ADP-Kollegen zusammensetzt.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung erstattete Kollege Händel Bericht über den Tarif und unterbreitete den Kollegen den Entwurf der Unternehmer. Die frechen und brutalen Forderungen der Metallindustriellen lösten bei den Vertrauensleuten einen Sturm der Entrüstung aus. Kollege Engel sprach in der Disposition der Vertrauensleute und erklärte, daß diese Forderungen der Unternehmer nur dadurch möglich gemacht werden könnten, wenn sich die Metallarbeiter nicht auf den Stand der Arbeiter einstellen lassen und günstigere Bedingungen vor den Arbeitern nicht auszuwirken werden. Genosse Engel betonte, daß man jetzt, nachdem man eine Verhandlung bei den Wahlen zur Ortsverwaltung herbeigeführt hätte, sich nicht einmischen sollte im Kampfe gegen die unorthodoxen Forderungen der Unternehmer an den Tag legen müsse. In jedem Betriebe müsse man laut und überlegen, Einheitsfronten zu schaffen, um die noch lebendigen Kollegen in die Front der Kampfbereiten Metallarbeitersoldaten einzuführen, um so dem Unternehmer eine breite, arbeitserfüllende Front entgegenzusetzen. Genosse Engel verabschiedete sich mit dem Hinweis, daß dieser Unternehmensentwurf auch den Parteivorstand und Vertrauensleute in Kenntnis zu setzen. Sämtliche Betriebsräte und Vertrauensleute der Unternehmern Stellung nahmen, erklärten, daß alle Kräfte eingezogen und alle Mittel angewandt werden müssen, um den Plan des Unternehmers zu verhindern.

Diese fürchterliche Gefahr zwingt jeden Kollegen, sich die Frage vorzulegen: Was ist zu tun, um den Angriff der Industriellen abzuwehren?

Wenn wir den Raubzug erfolgreich zurückschlagen wollen, dann muß den Unternehmern

der Kampf an der ganzen Front angefaßt werden.

Es gibt jetzt keinen besseren Weg als den, den zu führenden Kampf in den Betrieben zu organisieren. Es genügt keinesfalls, nur vom Kampf zu sprechen. Er muß propagiert und systematisch organisiert werden! Unsere englischen Kollegen können uns dabei als nachahmenswerter Vorbild dienen. Als ihnen die englischen Kapitalisten Lohnabbau und längere Arbeitszeit aufzwingen wollten, da haben sie in den Betrieben

Werbe- und Aktionskomitees gebildet

um erstens den letzten Kollegen in die Gewerkschaft zu bringen und so die Front der Arbeiterklasse zu stärken, und um zweitens mit diesen Komitees die Einigkeit der Arbeiterklasse in den Betrieben und Gewerkschaften herzustellen. Auf dieser Grundlage und mit diesen Mitteln haben unsere englischen Kollegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen erfolgreich abgewehrt. Sehen die sächsischen Metallarbeiter diesen Weg, ahmen sie das Beispiel ihrer englischen Kollegen nach, dann wird es ihnen gelingen, den Raubzug der sächsischen Metallindustriellen zu verhindern.

Kollegen! Nehmt sofort in den Organisations-Vorparatungen zu diesem Angriff der Unternehmer Stellung. Berufe Betriebskomitees ein. Bildet in jedem Betrieb Werbekomitees, die die Vorbereitung und Durchführung der Arbeit für den Deutschen Metallarbeiterverband leiten.

Die erste Aufgabe wird sein, eine genaue Buchführung in den Betrieben vorzunehmen, um das Organisationsverhältnis der Kollegen festzustellen.

Den unorganisierten Kollegen rufen wir zu: Erkennt die große Gefahr, in der ihr und eure Angehörigen stehen. Die Unternehmer kennen diesen Angriff nur wegen, weil ihr noch abseits von eurem Verband steht. Deshalb macht Schlag mit eurer Vollmacht!

Tretet in den Verband ein!

Wir kleinsten Bedenken müssen in der Stunde der Gefahr zurücktreten. Wohl verstehen wir die Bedenken, die ihr heute noch gegen den Verband und seine Leitung habt. Doch kommt ihr durch Kritik und Schimpfen nur außer auf den Verband und seine Leitung keinen Einfluß ausüben. Nur wenn ihr selbst mit in die Reihen der oppositionellen Metallarbeiter tretet, wenn ihr tatkräftig mit den Kollegen der Opposition im Verband wirkt, dann wird der Verband eine Kampforganisation, die alle Angriffe der Unternehmer vernichtet!

Kollegen! Rüst die Zeit bis zum 31. März, damit ihr den Unternehmern ein Längchen liefern könnt, daß ihnen die Zeit zu weiteten Provokationen vergeht!

Unsere Forderungen sind: Alle Metallarbeiter und Arbeiterinnen in den Deutschen Metallarbeiterverband! Stellt die einheitliche gewerkschaftliche Abwehrfront her!

Die oppositionellen Kollegen des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Für Mehrarbeit und Lohnabbau

Die Reichsregierung des preussischen Staatsrats, einer Art ersten Kammer in Preußen und Nachfolgerin des alten Herrenhauses, hat zum preussischen Etat eine Entschlopfung vorgelegt, die den reaktionären Charakter dieses überflüssigen und schändlichen Einrichtung entspricht. Der Antrag verlangt weitere Verminderung der Staatsausgaben, völlige Einstellung laizeller und kulturloser Staatseinrichtungen, Verlängerung der Arbeitszeit bei Beamten, Angestellten und Lehrern und Herabsetzung der Gehälter. Ursprünglich war in den, von dem Zeitungsredakteur Dr. Köllner aus Darmstadt verfassten Entwurf auch die Forderung der Herabsetzung von Gehältern und Löhnen in öffentlichen und privaten Betrieben durch Reichsgesetz enthalten. Dieser Punkt wurde nur infolge der öffentlichen Kritik in der Presse gestrichelt.

In der Freitagsabgabe des Staatsrats griff Genosse Ernst Meyer den Zeitungsredakteur und die Staatsratsmehrheit wegen dieser unzulässigen antilozialen Forderungen heftig an und verlangte dafür restlose Entziehung der Solvenz, Einziehung von Posten, Justiz, sowie Abschaffung des jährlich dreihundertfünftausend Mark Kosten verursachenden Staatsrats. Sämtliche bürgerlichen Parteien, einschließlich der Demokraten, stellten sich in diesen hinter Köllner, der meinte, daß sich die arbeitenden Schichten sehr gut nach ihrem ichtmalen Einkommen etwas abgeben könnten. Dabei hatte der Staatsrat erst am Tage vorher seine Zustimmung zur Erhöhung der Haussteuer und damit zur Erhöhung der Miete gegeben.

Steuerermäßigungen um 75 Prozent — für die Kapitalisten

Die Reichsregierung erklärt den Arbeiterorganisationen, daß kein Geld da sei, um die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen, die Arbeiter ausweiden zu verringern und den Arbeitern und den Arbeitnehmenden Arbeit zu verschaffen. Wie schändlich diese Angaben sind, kann man daran erkennen, daß sie suchen, ohne dazu von irgendwelchen Organen gezwungen zu sein, ohne Reichtagabschlüsse, umfangreiche Steuerermäßigungen im Werte von vielen Millionen erlassen hat. Sie hat für eine große Anzahl von Industriebetrieben die Wertpapiersteuer von 2 Prozent auf 1/2 Prozent ermäßigt und für eine noch größere Anzahl von öffentlichen Schuldverschreibungen und Industriebankdarlehen hat sie die Einkommensteuer von 10 Prozent auf 2 Prozent herabgesetzt. Diese Papiere von der zehnprozentigen Kapitalertragsteuer völlig zu befreien. Mit einem Male hat die Regierung also genügend Geld und ermäßigt die Steuer gleich bis auf 1/2 des ursprünglichen Betrages, oder streicht sie völlig. Aber bei diesen Steuern handelt es sich in auch nicht darum, daß die Arbeiter sie zahlen sollen, sondern die „armen notleidenden“ Kapitalisten und Banken.

Wenn die Arbeiterklasse, wenn die Gewerkschaften nicht laut dem Unternehmertum und seiner Regierung bezeugen, daß hinter ihren Wünschen und Forderungen der Wille und ihr Kampf der arbeitenden Klasse steht, werden wir dies nicht noch erkennen, daß das Unternehmertum von allen Seiten bedrückt wird und daß man sie statt dessen der Arbeiterklasse auferlegt.

Aus den Gewerkschaften

Die Reichsbahn unter Dameslast

Die Belastung der Reichsbahn durch die Reparationsverpflichtungen aus dem Dawesplan hat kaum erst eingeleitet und schließt sich demnach die vorhergehenden Belastungen der Reichsbahn an den Bestand und die Leistungsfähigkeit des größten Teils auf den deutschen Betrieb. Nach dem Bericht des Reichsbahnministeriums bei der deutschen Reichsbahn, sollen Reparationsleistungen bei der deutschen Reichsbahn, sollen Reparationsleistungen bei der deutschen Reichsbahn, sollen Reparationsleistungen bei der deutschen Reichsbahn...

Welche ungeheure Lasten diese Summe für den Reichsbahnverkehr darstellen, ist den Betriebsverhältnissen der Reichsbahn für die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis zum 31. August 1925 zu entnehmen. Diese haben sich folgendermaßen gestaltet:

Einnahmen:	
Personen- und Gepäckverkehr	4 264 971 000
Güterverkehr	4 241 112 000
Sonstige Einnahmen	4 276 876 000
Ausgaben:	
Personalausgaben	4 215 290 000
Betriebsausgaben	4 113 694 000
Betriebsgewinn	4 765 675 000

Ein Drittel des hohen Betriebsergebnisses gingen also an den Reparationsagenten, so daß für Erneuerungen und Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs nicht mehr viel übrig bleiben konnte.

Was stellt sich diese Tatsache in den Betriebsverhältnissen der Reichsbahn dar? Darauf gibt die Reichsbahnverwaltung eine klare Antwort in ihrem Bericht an die Wagon-Inhaber, die von der Reichsbahn dringend die Erneuerung von Waggons fordert. Dieser Bericht zeigt, daß die Reichsbahn, die Zahl der Waggons hat sich gegenüber der Vorkriegszeit vervielfacht, die Reichsbahn erfüllt aber so gut wie gar keine Wünsche mehr. Teilweise liegt es natürlich daran, daß während der großen Reichsbahnläufe während der Inflation und der unregelmäßigen Wirtschaftskrisen ein Teil der Eisenbahnwagen unbenutzt ist, sollen doch zur Zeit 80 000 Waggons (!) aus dem Betrieb gezogen sein. Aber auch die normalen Erneuerungsbudgets werden von der Reichsbahn zurückgehalten. Die Reichsbahnverwaltung erklärt nun, daß die Erneuerungsbudgets sowohl für den Wagenbestand als auch für den Oberbau nicht erteilt werden können.

Was durch die letzte Regelung der Beamtenbezahlung seien die 22 Millionen Mark jährlich entzogen worden; durch diesen nur die Reichsbahnverwaltung besser, die Arbeiterklasse und die industriellen Unternehmen aber noch schlechter gestellt werden.

Was ist die Lösung auf die Forderungen und Wünsche der Reichsbahnarbeiter und Beamten. Gesetzt den Fall, daß die Abschaffung des Reichsbahnverkehrs durch die Erhöhung der Waggonszahl um 22 Millionen Mark ermöglicht, so würde der Reichsbahnverkehr immer noch kaum ein Zwanzigstel seiner Kosten decken, die durch den Dawesplan der Reichsbahn auferlegt worden sind. Daß die Reichsbahnverwaltung sich aber über diese Lösung hinwegsetzt, davon haben wir noch nichts vernommen.

Nach dem Bericht sind die Verhältnisse bei der Instandhaltung und Erneuerung des Eisenbahnverkehrs, der Instandhaltung der Bahnhöfe usw. Bei normaler Instandhaltung dieses unternehmischen Teiles der Eisenbahnanlagen müßte die Reichsbahn im Jahr 4 Prozent ihres Oberbaues erneuern, gleich 3000 Kilometer jährlich. Ferner müßten die notwendigen Erneuerungen durchgeführt werden, die durch den Raubbau während des Krieges und Inflation veranlaßt worden sind, was im Jahr ebenfalls 1600 Kilometer ausmacht. Wollte die Reichsbahn also innerhalb der nächsten sechs Jahre den Oberbau auf normale Leistungsfähigkeit bringen, so hätte sie jährlich etwa 46 Millionen Mark auszugeben. Diesen Betrag bekommt aber die Reichsbahnverwaltung ausgegahlt, so daß es fast mit einer Sparsparung an einer weiteren Herabverwirklichung des Eisenbahnverkehrs zu rechnen ist.

Von einer Instandhaltung des Oberbaumaterials, der Schienenwege, der Dämme usw. hängt aber die Jugendschwundfrage und Jugendfrage völlig ab. Je vernachlässigter die Betriebsmittel sind, um so geringer sind jene. Geringe Jugendschwund bedeutet aber erhöhte Frachten, erhöhte Fahrpreise, die sich wiederum in einer Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung und in einer Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus auswirken. In der letzten Parlamentarischerklärung haben wir schon eine Kostprobe der neuen Reichsbahnpolitik gesehen.

Auf welche Weise will die Reichsbahn die Schwierigkeiten abwenden? In der oben angeführten Antwort an die Wagoninhaber ist die Reichsbahnverwaltung schon mit bereits, wenn die Reichsbahnverwaltung sich nicht durch den Dawesplan zur Rechenschaft ziehen läßt, nicht auf dem Umwege über eine Restrukturierung des Reichsbahnverkehrs, sondern durch eine Restrukturierung des Reichsbahnverkehrs, und zwar durch eine Restrukturierung des Reichsbahnverkehrs, und zwar durch eine Restrukturierung des Reichsbahnverkehrs...

Bauarbeiterversammlung in Niederoderwitz

In der am 22. Januar abgehaltenen Bauarbeiterversammlung, in welcher der Bezirksleiter Herrmann über Tariffragen und die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sprach, erregte sich eine lebhafteste Diskussion über die Verhältnisse in Ostpreußen. Ein Zeichen dafür, daß sich die deutsche Arbeiterbewegung in Ostpreußen nicht nur in der Reichsbahn...

Arbeiterbewegung in Ostpreußen nicht nur in der Reichsbahn, sondern auch in der Wirtschaftskrise. Die Arbeiterbewegung in Ostpreußen ist eine lebendige Kraft, die sich nicht nur in der Reichsbahn, sondern auch in der Wirtschaftskrise manifestiert. Die Arbeiterbewegung in Ostpreußen ist eine lebendige Kraft, die sich nicht nur in der Reichsbahn, sondern auch in der Wirtschaftskrise manifestiert.

Als Delegierte zur Generalversammlung wurden Gen. Lufas und Kollege Sumal und als Erkannmann Gen. Wendler einstimmig gewählt. Vom Genossen Rofe wurde folgende Entschließung eingebracht, die trotz heftiger Gegenwehr des Genossen Herrmann einstimmig Annahme fand. Die Resolution gegen die Härtenabfindung hat folgenden Wortlaut:

Die am 22. Januar abgehaltene Bauarbeiterversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die bevorstehende Härtenabfindung und verlangt vom ADGB, gemeinsam mit den politischen Arbeiterparteien zur rechtlichen Entzweiung einzutreten und den Volkseinstimm zu unterstützen.

Eine weitere Resolution gegen den Vertrieb des „Neuen Testaments“ durch den Verlag des ADGB lautet folgendermaßen:

Die am 22. Januar stattgefundene Bauarbeiterversammlung verlangt vom ADGB, sofort den Vertrieb des „Neuen Testaments“ einzustellen. Wir verlangen, daß sich der ADGB nur mit den Fragen beschäftigt, die geeignet sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern, und nicht durch solche Maßnahmen den freigeistigen Arbeiterorganisationen die Arbeit zu erschweren.

Von den Bauarbeitern, die immer die Stönere der Arbeiterbewegung sein wollen, wäre zu erwarten, daß nicht nur die Resolutionen angenommen werden, sondern auch in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen und an der gewerkschaftlichen Arbeit mehr wie bisher Anteil zu nehmen.



Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur A. G.

Der Arbeitsplan der Textilindustriellen Beschäftigten gegen die Tarifprotesten.

Bei dem allgemeinen Vorstoß, den das Unternehmertum allerorts unternimmt, um damit die Lebenshaltung der Arbeiterklasse noch mehr herabzudrücken und nach schlechter zu gestalten als wie sie jetzt schon ist, stellt obengenannte Firma auch ihren Mann in den Reihen der Textilindustriellen, um mit teilnehmender Hand am Raub und erhöhten Ausbeutern beteiligt zu sein. Die Textilindustriellen von diesen Ausbeutern reichlich bestanden ist. Diese Firma hat unter dem 21. Januar 1926 bei der sächsischen Regierung die Stilllegung der Wappwehret zur Zeit noch 9 1/2 Stunden pro Tag oder wöchentlich 63 Stunden gearbeitet wird. Obwohl in der Spitzenwehret zum großen Teil noch in Schichten gearbeitet. Die Stilllegung soll sich aber nur auf die Arbeiter beziehen. Die Angehörigen werden davon nicht betroffen, dies sollen auf dem einfachsten Wege erledigt werden, und zwar, indem die Vertreter der Firma offensichtlich erklärt hat, daß die Angelegenheit mit den Angehörigen durch Tarif geregelt werden. Sie glaubt, daß auf weniger Widerstand zu rechnen sei als bei den Arbeitern. Weshalb nun die Stilllegung? (Ein feiner Witz!) Zum 12. Februar 1926 laufen fast sämtliche Tarife der Textilindustriellen ab (Lohnsätze wie auch Manteltarife). Das gilt es für die Unternehmer, nicht nur die schon bestehenden, sondern auch die noch herabzudrücken, sondern auch die in Aussicht genommenen, die im Manteltarif verankert sind. Die zentralen Bestimmungen, die im Manteltarif verankert sind, die zentralen Bestimmungen, die im Manteltarif verankert sind, die zentralen Bestimmungen, die im Manteltarif verankert sind...

glauben, wenn sie ihre Betriebe schließen, bessern sich die Arbeitsmöglichkeiten. In Wirklichkeit liegen die Dinge doch so: infolge der Inflation, welche in Frankreich herrscht, können unsere Waren nicht mehr auf dem französischen Markt abgesetzt werden. In Frankreich herrscht Inflation, welche in Frankreich herrscht, welche in Frankreich herrscht... Die Arbeiterbewegung in Ostpreußen ist eine lebendige Kraft, die sich nicht nur in der Reichsbahn, sondern auch in der Wirtschaftskrise manifestiert.

Metallbetriebe! Heute abend in der Gewerkschafts-Abteilung Sandersnummer der „Arbeiterstimme“ abholen! Wichtiges Material!

Achtung! Oppositionelle Gewerkschaftler
Fabrikarbeiter-Verband, Zahlstelle Dresden
 Freitag, den 29. Januar, abends 7 Uhr im Volkshaus Generalsversammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung.

Fabrikarbeiter-Verband, Zahlstelle Weidenau
 Sonntag, den 31. Januar, vorm. 9 Uhr Generalsversammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung und Kartelldelegierten.

Metallarbeiter-Verband, Zahlstelle Weidenau
 Dienstag, den 2. Februar, abends 7 Uhr Hauptversammlung.
 Sonnabend, den 30. Januar, abends 7 Uhr Generalsversammlung der oppositionellen Metallarbeiter in „Stadt Magdeburg“.

Leizte Telegramme

Vorläufig kein Streik der Eisenbahner in England

London, 27. Januar. Die Gewerkschaft der englischen Eisenbahner hat sich gestern mit 41 gegen 35 Stimmen gegen eine Streikklärung am kommenden Freitag und für die Annahme des Schiedspruches ausgesprochen.

Ob die Eisenbahndirektion in der Montagverhandlung Zugeständnisse gemacht hat, ist noch unbekannt. Fest steht, daß die Eisenbahndirektion vom 1. Februar an eine Lohnabregelung durchsetzen wollen, der auch in dem vom Eisenbahnerführer Thomas mitunterzeichneten Schiedspruch zugestimmt wurde. Die Konferenz der englischen Eisenbahner warnte sich erst gegen den Schiedspruch, der von den rechten Verbandsfunktionären empfohlen wurde. Wenn schließlich trotzdem eine Annahme des Schiedspruches mit knapper Mehrheit erfolgte, so ist das vorläufig ein Erfolg der vereinigten rechten Gewerkschaftsbünde und der Direktion und natürlich ein Misserfolg für die Eisenbahner. Zur Beilegung der Krise im Verkehrsgewerbe bemerkt „Daily News“, es steht außer Zweifel, daß ohne die feige und gemäßigten Haltung der drei Eisenbahnerführer Dobbs, Thomas und Cramp binnen vier Tagen der Streik ausgebrochen wäre. Die Stellung der Führer sei allerdings durch die schwache Mehrheit, die ihnen zum Erfolge verhofft, ernstlich erschüttert, und die Führer des linken Flügels würden durch diese Tatsache ermutigt werden. Früher oder später werde also mit einer einschneidenden, grundsätzlichen Entscheidung über die künftige Politik innerhalb der Union zu rechnen sein.

Gründung eines antifaschistischen Komitees

Basel, 27. Januar. In Basel, Zürich und Schaffhausen hat sich ein antifaschistisches Komitee gebildet, das sich die Bekämpfung des Faschismus auf breiter Grundlage zum Ziel setzt. Auf dem Generalkonferenztag der Sozialdemokratischen und kommunistischen Partei gehören auch Vertreter verschiedener italienischer Linksparteien, in der Maximalisten, Kommunisten und Anarchisten und ein Teil der italienischen Frontkämpfervereinigungen, deren Mitglieder sich in der Schweiz befinden, dem Komitee an.

Zum russisch-chinesischen Konflikt

Moskau, 27. Januar. Im russischen Außenministerium sind Telegramme aus Charkow eingetroffen, aus denen hervorgeht, daß die chinesische Militärbehörde ihre Maßnahmen gegen die russischen Gewerkschaftsvertreter nicht aufgehoben hat. Tschanghais Anwesenheiten werden von keinem Untersuchungsamt nicht befolgt.

Arbeiterport

Bürgerliche Sportler auf der Suche nach „Dummen“

Das Weihnachtsfest, genannt „das Fest der Liebe“, soll nach der christlichen Lehre alle Gegensätze überbrücken. Mit diesen Gedanken schenken sich auch die Spieler der 1. Mannschaft des bürgerlichen Sportklubs 04 Freital (Eigert, ehemaliger Arbeiterportler) zu beschäftigen. Die 1. Mannschaft des Arbeiter-Turnvereins Sohmsitz veranstaltete eine interne Weihnachtsfeier, dorthin war obengenannter Gast. Was er damit bezweckte, dürfte allen bekannt sein, er war auf der Suche nach Kanonen, die seinen Verein vor dem Abstieg aus der Liga retten sollen. Genossen, aufgepaßt! Geht solcher Sorte auch Arbeiterportler die gedehrende Antwort.

Auch der ehemalige Arbeiterportler Krause, jetzt Liga 04, erwiderte nach den Feiertagen sein edles Votariatierch und gab bei Sohmsitz gegen Birna eine Gairolle.

Was sagt die Vereinsleitung von 04 und die Leitung des Sohmsitz? Kann Scheitern aber auf den dunklen Höhen von Sohmsitz wenig Erfolg gehabt zu haben, denn man verlegte die Tätigkeit auf die entgegengesetzte Seite der Elbe, nach Tunnendorf WZ. Dort soll man mit Erfolg gearbeitet haben, ein neues Gesicht tauchte in der Liga auf, ob es den Tauschen entspricht, wird die nächste Zeit bringen. Wie man weiter hört, sollen sie auch die Spieler nach der Fußballabteilung Dauen ausgetrocknet haben, ob mit Erfolg, kann heute noch nicht festgestellt werden.

Arbeiterportler, seid keine Berichter an euren Klassen-genossen, werft diese Eindringler zur Tür hinaus. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo in den Reihen des Sportklubs 04 in der Liga nur ehemalige Arbeiterportler spielen.

Es gab eine Zeit, wo sich diese Herren aufspalten und erklären, der Arbeiterport steht in den Kinderschuhen, er kann an uns nicht heran, und heute erlebt man das Gegenteil, es geht nicht ohne die verachteten Arbeiterportler.

Die große Arbeitslosigkeit hilft unseren Gegnern zu ihrem Ziel, darum meidet bürgerliche Sportplätze und fällt nicht deren Käsen, damit sie nicht in die Lage kommen, mit den gezähnten Eintrittsgeldern die besten Spieler aus dem Arbeiterlager auszuheben.

Fußballport

Auscheidungsspiele zur 1. Klasse

Am Sonntag, den 31. Januar, finden um den Auf- und Abstieg folgende Spiele statt: DSV, Blau Heptstraße, Helios 1 - Sturm 1; Blau Cotta, Hehlstraße, Wilsdorf 1 - Weisig 1. Beide Spiele beginnen mit Rücksicht auf das Kreismeisterauscheidungsspiel vormittags 10 Uhr. - Vorverkaufsstellen zum Kreisspiel: Sporthaus Klügel, Schäferstraße; Freizeithaus-Schänke, Könnertstraße; Luftbad Cotta, Hehlstraße; Café Wiederrub, Könnertstraße; Jägerhaus Wenzel, Freiberger Straße Ecke Rosenstraße; Restaurant Kurfürst Maria, Eisenbergert Straße; Restaurant Gölitzer Garten, Gölitzer Straße; Ballhaus Ost, Schandauer Straße; Sportheim DSV, Hehlstraße; Buchhandlung Heilmann, Freital-Po.; Café Harimann, Freital-Dauen.

Sporthaus Klügel, Dresden, Schäferstraße 19

(Gesellschaft des Arbeiter-Turnvereins, Leipzig, Pflanzstraße 30)

Turn- und Sportbeholdung, Spielgeräte, div. Ballen, Turn- und Sportliteratur, Pflanzstr. 30, Leipzig

Preis der Karten im Vorverkauf 50 Pf. Preise an der Kasse: Erwachsene 70, Erwerbslose und Schüler 50, Kinder 10 Pf. Erwerbslose Bundesmitglieder haben bei Vorzeigen des Mitgliedsbuches freien Eintritt. Sitzplätze sind in der Geschäftsstelle Rügenbergstr. 6, p. 1, anzufordern.

Freie Turner, Jüdisch, Turnabteilung, Freitag, 29. Jan., abends 7,30 Uhr. Monatsversammlung im Sportheim. Erscheinen aller ist Pflicht. - Spielmannszug, Donnerstag den 28. Januar nach der Übungsstunde wichtige Versammlung. Er-scheinen aller wird erwartet. - Fußballabteilung, Sonnabend den 30. Januar Spielversammlung im Sportheim. - Sonntag den 31. Januar Spielbetrieb auf unserem Platz. Vormittags 9 Uhr Handball Jüdisch 1 - Cotta 1. Vormittags 10 Uhr Fußball Jüdisch 1 - Cotta 1.

Dresdner Sportverein 1898, Sonnabend den 30. Januar Vortrag vom Reichslandvolkrecht Gen. Mahner über Reichsland. Beginn 8 Uhr im Klubhaus Hehlstraße. Mitgliederversammlung 7 Uhr.

Karteil für Kultur, Sport und Körperpflege Jüdisch, Freitag den 29. Januar, abends 8,30 Uhr, Jahreshauptversammlung im „Sportheim“. Die neu gewählten Vertreter der einzelnen Vereine, sowie die alten vom vorigen Jahre müssen anwesend sein.

Rundgebungen

gegen Fürstenabfindung - für Volksentscheid

Freitag, den 29. Januar:

Gottschuba, vormittags 10 Uhr,
Tharandt, nachmittags 2 Uhr, Deutsches Haus,
Weißh., abends 7,30 Uhr, Albertshof,
Birna, abends 7,30 Uhr.

Sonnabend, den 31. Januar:

Schönbach, Oberlausitz, abends 8 Uhr.

Sonntag, den 31. Januar:

Dresden, vorm. 10 Uhr, Ostra-Wäse, Volkswohlfahrt,
Bräunsdorf b. Freiberg, nachm. 2 Uhr, Gottshof.

AD-Veranstaltungskalender

Alle Gewerkschaften der AD, sollen bis 1. Februar an Bezirk DMSachen melden: 1. Welche am Ort ein Gewerkschaftsamt? 2. Wie ist daselbst die Gewerkschaftsamt? 3. Erhalten die Gewerkschaften Sonderunterstützung durch die Gewerkschaft?

AD, Strießen, Donnerstag 7,30 Uhr Gruppenabend (Stimmenabend) im „Ratskeller“, Marktgrabenplatz (Wilsdorf), Cofehaude, Südweg, Radebeul, Cotta, Flugblätter abholen im Bureau.

AD, Ortsgruppe Rannow, Alle Genossen sollen am 31. Januar, vormittags 8 Uhr am Bahnhof Rannow zur Demonstration in Dresden.

AD, Ortsgruppe Freiberg, Freitag den 29. Januar in der „Locomotive“ Mitgliederversammlung abends 8 Uhr. Wir fordern die Genossen auf, alle reiflos zu erscheinen.

AD, Gruppen, Sonnabend, den 30. Januar, abends 8 Uhr im Gohlshof „Albertshof“, Gruppen, Diebstahl-Tagung.

AD-Veranstaltungskalender

AD, Groß-Dresden
Freitag den 29. Januar, abends 7,30 Uhr, allgemeine Mitgliederversammlung im „Hotel Toms Hütte“.

AD, Rannow, Stellen zur Demonstration in Dresden, am Bahnhof Rannow, Sonntag vormittags 8 Uhr.

AD, Sittleritz, Freitag den 29. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung, Mitglieder der Ortsgruppen sind mitzubringen.

AD, Ortsgruppe Birna, Freitag den 29. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung, Mitglieder der Ortsgruppen sind mitzubringen.

AD, und AD, Weisig, Freitag den 29. Januar, abends 8,30 Uhr Stellen Rathausaufträge.

Bereinstalender

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Bezirk Strießen, Freitag den 29. Januar, abends 7,30 Uhr, Versammlung im „Friedhof“, Jakob. Edu. Wittenberger Str. Es spricht die Genossin Krieger über Tuberkulose und Kriegsoffer. - Kriegsoffer und Arbeitslosen als Gäste willkommen. - Bezirk Strießen, Sonnabend den 30. Januar, abends 7,30 Uhr, Generalversammlung im Restaurant zur neuen Welt, Am See 5. Bestimmtes Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. - Sonntag den 31. Januar, vormittags 10 Uhr, Teilnahme sämtlicher Gruppen an der Veranstaltung gegen Arbeitslosigkeit im Volkswohlfahrt.

Wirtverein Kleinandorf, Sonntag, den 31. Januar, vorm. 9 Uhr findet im Gohlshof Kleinandorf Generalversammlung statt. Anträge sind in der Versammlung einzureichen. Wichtigste Tagesordnung, u. a. Neumahlen. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Sächsische Spielvereinigung im Arbeiter-Turn- und Sport-Bund

Entscheidung um die Fußball-Kreismeisterschaft DSV 10 - Leipzig-Stötteritz

Sonntag, 31. Januar, nachmittags 2 Uhr, in der Ilgen-Kampfbahn, Dresden, Lennéstraße



Für die überaus herzliche Anteilnahme in Wort, Schrift, Gesand, Musik und Blumenspenden beim Hinscheiden unserer teuren, für die Kinder sich aufopfernde Irenurgende Mutter, liebe Gattin, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Helene Herzmann
geb. Götlicher

sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.
Dohna, d. 27. 1. 26 In tiefstem Weh
die trauernden Hinterbliebenen

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-Alten, Augsburger, Ecke Jakobstraße
empfehlen zu wieder sehr günstigen Preisen im
Auschnitt keine
einfache **Kernlederohlen**
nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt

Kluge Eheleute! Alle samt. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiswaren, Spielapparat
R. Froisleben, Dresden-A., Postplatz

Herrn-Räder, Damen-Räder, Kinder-Räder
auf Teilzahlung bei bequemen Raten

Nähmaschinen
mit Stopf- und Stickunterricht gratis

Wringmaschinen, Regenpelerinen, Radio-Akkumulatoren

Großes Lager in Decken u. Schläuchen, sowie sämtlichen Zubehör. Jetzt beste Zeit zum Verwickeln und Emallieren

Große sachmännische Reparatur-Werkstatt

Theater am Wasenplatz
Abend 8 Uhr:
Das Glücksmädel!
Ein höchst interessantes Spiel mit Musik in 3 Akten
von Reinhold v. Schwarz. - Musik von Schwarz

Sonntag 3 1/2 Uhr nachm.
Wie Klein-Else das Christ-kind suchen ging!
Weihnachtsmärchen von Th. Lehmann-Harig
Musik von Julius Leubner

WO? kaufen Sie billige Herren- und Damenstoffe
Tuchgeschäft J. GRÜNBAUM
Bautzen, Mollkestr. 13, Tel. 326

Prima Rindfleisch
Pfund von 65 Pf. an

ff. Hammelfleisch
Pfund von 70 Pf. an

frisches Kalb- und Schweinefleisch
Pfund von Mk 1.00 an

Schweinsköpfe
Pfund von 60 Pf. an

Gewiegetes
Pfund von 90 Pf. an
Täglich von 5 Uhr an warme Würstchen empfiehl

Paul Müller, Pirna, Barbiergasse 2

Tuchhaus Pörschel
Dresden-A., Scheffelstraße Nr. 10
Inhaber: Herm. Erler

Herrnstoffe Kostümstoffe Mantelstoffe
Spezialstoffe Futterstoffe Hauswaren
Billard-, Pult- und Damentuche

Nicht

Total-Ausverkauf
sondern spottbillige Preise!
Nur 3 Tage!

Herren-Hemden 100 cm lang 1.70
Bettfächer 1.60
Damenblusen per Stück 1.80
Bettbezüge 4.20
Bettbezüge 4.80
Bettbezüge 7.80

Nur in der
Textilzentrale Dresden, Falkenstr. 14
A. Diehl, Zittau, Theaterstr. 24
Fernruf 680

Artikel zur Gesundheits- und Krankenpflege
Aerzliche Instrumente/Bandagen

Welt-Panorama Bautzen
Lauenstraße am Lauenauer
vom 24. bis 30. Januar

Eine Reise in die Bolivien, Kordilleran von La Paz bis Yungas

Radeberger Pilsner
Feisenkeller Lager

liefert frei ins Haus

Paul Müller Flaschenbierhdlg. Copitz
Telephon 682

Bettwäsche
Bettzeug, bunt, rot, blau od. lil. gestr.
prima Lausitzer Stuhlware
Kissenbreite 6.96
desgl. Deckbettbreite 1.55
Kissen, fix u. fertig genäht 1.75
Bezüge, fix u. fertig genäht 6.75

Linon, feinfädig, Strapazierware, Kissenbreite 1.20
desgl. Deckbettbreite 1.95
Kissen, fix u. fertig 2.15
Bezüge, fix u. fertig 2.35

Betttücher Barchent, rote od. blau
Kante, waschecht, ca. 160-200, herrliche Ware 4.45

Ferner:
Frauen-, Mädchen-, Knaben- u. Männerhemden, Schürzen, Handtücher, Taschentücher, Tischdecken usw.
Erwerbssache erhalten gegen Vorzahlung der Ware
5 Prozent Sonderrabatt

Tymians Täglich
Das Thalla-
einzig wirkliche Theater

Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

ZEISS Punktal-Gläser

Otto Reuscher
Stein, opt. Optiker - Pirna - Fernruf 921
Lieferant sämtlicher Krankengläser

Arbeiter!
Verkehrt nur bei den Interessenten der Arbeiterstimme!

Wo ist Schmidt Wau?
genannt der Steife
Im Villengarten, Villengasse 25
Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr
Frühjahrs-Konzert

Staub- und Gefäße ★ **Dresdner Fischhallen A. G.** Webergasse 17
Ede Quergasse
Telephon Nr. 21934 und 24730